

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 4-5

Artikel: Diskussion um Palästina. 1, Die Palästinalpolitik der britischen Regierung
Autor: Elton
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Technik der Fluch, der über Rußland liegt, erfüllte? Weil es ohne den Geist, der dieses Ziel schuf, nach dem Ziel strebte. So wurde seine Technik bloße Imitation der europäischen, Nachmachen des schon Gemachten und war dadurch im Wesen veraltet. Das ursprünglich Ueuropäische und Asiatische des Bolschewismus zeigt sich erschütternd in dieser geistlosen Übernahme der Technik und ihrer staatlichen Anwendung.

Diskussion um Palästina.

Die nunmehr seit über drei Jahren andauernden blutigen Konflikte in Palästina haben aus dem Heiligen Land eine weltpolitische Gefahrenzone erster Ordnung werden lassen. Die dadurch erwiesene internationale Bedeutung des Problems gibt uns Veranlassung, die Leser unserer Zeitschrift im Folgenden durch je eine maßgebliche Persönlichkeit aus dem offiziellen britischen Lager und aus dem Lager der Juden über den heutigen Stand der Dinge unterrichten zu lassen. Im besonderen ist die Diskussion angeregt worden durch die mit jüdischen Terrorakten belastete recht ungeklärte Lage, wie sie nach der Veröffentlichung des britischen Weißbuches vom 17. Mai 1939 sich entwickelt hat, nachdem bereits der Vorschlag der Peel-Kommission vom Sommer 1937, der Bericht der Woodhead-Kommission des Frühjahr 1938, vollends die Konferenz vom Februar 1939 ohne Ergebnis geblieben waren.

Die Schriftleitung.

1.

Die Palästina-Politik der britischen Regierung.

Von The Hon. Lord Elton.

Lord Elton, der Vorsteher des Queen's College in Oxford, ist der Verfasser einer großangelegten Lebensbeschreibung von Ramsay MacDonald, zu dessen Mitarbeitern er gehörte und dem er 1931 bei Bildung der Einheitsregierung die Treue hielt. Malcolm MacDonald, dem heutigen Kolonialminister, der für die Palästina-Politik verantwortlich zeichnet, ist er in Freundschaft verbunden. Seine für die „Schweizer Monatshefte“ geschriebene Darstellung der Zukunft Palästinas gibt unsern Lesern ein maßgebliches und klares Bild der britischen Haltung inmitten des scharfen Widerstreits jüdischer und arabischer Wünsche.

Vielleicht ist es schade, daß die schwierige Frage der Zukunft Palästinas hier in zwei Aufsätzen behandelt werden soll, von denen der eine die Politik der Mandatsmacht, der andere die Einwendungen der Juden dagegen darstellt. Dies könnte nämlich zu der Annahme verführen, die Politik der britischen Regierung entspräche der arabischen, oder mein Aufsatz versuche, den arabischen Standpunkt zu vertreten. Das jedoch steht mir nicht zu und liegt nicht in meiner Absicht. Daß die britische Politik den arabischen Wünschen nicht entspricht, ist auch bereits durch die Tatsache belegt, daß sie von den Arabern und von den Mitgliedern des britischen Unterhauses, die der arabischen Sache nahe stehen, mit schneidender Schärfe angegriffen wurde. Wir sehen uns der traurigen Tatsache gegenüber, daß

es sich hier nicht um einen Streit zwischen Recht und Unrecht, sondern — wieviel schwerer und unlösbarer erscheint ein solcher Gegensatz! — um einen Streit zwischen Recht und Recht handelt. Es ist die keineswegs beneidenswerte, aber unausweichliche Pflicht der Mandatsmacht in diesem Widerstreit von Recht und Recht einen Mittelweg festzulegen. Dabei läßt es sich nicht ändern, daß beide Seiten gute und, für sich allein gesehen, sogar überzeugende Gründe gegen eine solche Mittellösung vorbringen können.

Die Palästinafrage ist in gewissem Sinn schon Jahrhunderte alt. In ihrer jetzigen Form aber stammt sie aus dem Jahr 1917, als die „Balfour-Erklärung“ abgegeben wurde. Die britische Regierung, die sich den schwierigen Aufgaben des Weltkrieges gegenüber sah, mußte darauf bedacht sein, sich die Zustimmung der Juden und der Araber zu bewahren, die beide große Opfer für die Sache der Alliierten gebracht hatten. Der damalige britische Außenminister Balfour versprach den Juden im November 1917, seine Regierung werde alles tun, um eine „Nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ in Palästina zu errichten. Die britische Regierung vermied es dabei mit Bedacht, etwa von einem „jüdischen Staat“ zu sprechen, weil sie nicht wissen konnte, ob die jüdische Siedlung in Palästina so erfolgreich sein würde, um ein solch höher gestecktes Ziel zu rechtfertigen. Die „Nationale Heimstätte“ stellt somit ein absichtlich noch nicht fest umrissenes Versprechen dar. Ein jüdischer Staat wurde also weder in Aussicht gestellt, noch wurde er ausgeschlossen. Und die gleiche Regierung gab zu Anfang 1918 dem Führer der Araber, Scharif Hussein, die Zusage, daß der jüdischen Einwanderung nach Palästina grundsätzlich zwar nichts in den Weg gelegt werden solle, daß sie aber nur soweit gestattet werde, wie sie mit der wirtschaftlichen und politischen Freiheit der in Palästina lebenden Araber vereinbar sei. Bezeichnenderweise fügte die Regierung hinzu, sie sei entschlossen, keinen Bevölkerungsteil unter die Herrschaft des andern geraten zu lassen. Dies, so kann man sagen, ist der Leitstern der britischen Politik in Palästina. Die Juden könnten die Araber wirtschaftlich sehr wohl in eine abhängige Stellung bringen, wenn keinerlei Einschränkungen beständen; die Araber ihrerseits haben sich oft darüber beklagt, daß ihnen, politisch gesehen, auf Grund ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit die Herrschaft über die Juden nicht mehr vorenthalten werden dürfe. Das britische Volk hat keine dieser beiden Möglichkeiten begünstigt.

Ob die jüdische Einwanderung nach Palästina und damit der Ausbau der Nationalen Heimstätte zu einem jüdischen Staat erfolgreich durchgeführt werden konnten, hing hauptsächlich von zwei Dingen ab. Einmal von der wirtschaftlichen Auswirkung. Auf diesem Gebiet war die Einwanderung ein offensichtlicher Erfolg: mit kennzeichnender Unternehmungslust und oft mit religiösem Eifer haben die jüdischen Einwanderer Wüsten in Orangenhaine, unbebautes Land in fruchtbares Siedlungsgebiet, kahle

Küstenstriche in blühende Städte verwandelt. Das jüdische, mitgebrachte Kapital und die neu eingerichteten Gewerbe- und Industriezweige brachten Wohlstand nach Palästina, führten zu neuer Beschäftigung und neuen sozialen Einrichtungen. Die Araber haben aus diesem gesteigerten Wohlstand gleichfalls Nutzen gezogen. In zwanzig Jahren stieg die arabische Bevölkerungsziffer von 600 000 auf eine Million an. Zwar herrscht jetzt wegen der Landkäufe und der Zunahme der arabischen Bevölkerung ein ernsthafter Landmangel bei den Arabern — 600 000 Araber müssen sich mit Land begnügen, das nur 360 000 ernähren kann, während 66 000 Juden Land besitzen, das, mit gleichen Maßstäben gemessen, 90 000 erhalten könnte. Trotzdem muß man feststellen, daß die jüdische Einwanderung wirtschaftlich gesehen unzweifelhaft von Erfolg gekrönt gewesen ist.

Der zweite Punkt jedoch, der beachtet werden muß, ist die politische Seite. Wie weit ist es den jüdischen Einwanderern gelungen — und die jüdische Bevölkerung stieg von 80 000 im Jahre 1922 auf 450 000 heute —, freundschaftlich an der Seite der arabischen Bevölkerung zu leben, deren Vorfahren seit unzähligen Geschlechtern unbestrittene Besitzer des Landes gewesen sind? Ach, hier ist der Mißerfolg so ausgeprägt wie es der Erfolg im Wirtschaftlichen war! Der politische Fehlschlag der jüdischen Einwanderung scheint weder die Schuld der Juden noch, in diesem Punkt, der Araber gewesen zu sein. Dies Scheitern liegt vielmehr in der Natur der Sache. Zahllose Juden und Araber haben freundschaftlich Seite an Seite gelebt und tun dies heute noch. Aber das arabische Volk im Ganzen wurde frühzeitig von Sorgen erfaßt. Erfuhr die jüdische Einwanderung keine Unterbrechung, dann fürchtete es, daß die Juden, die so voller Unternehmungsgeist, so reich, so erfahren in Handel und Industrie waren, binnen kurzem zahlenmäßig, wirtschaftlich und politisch die Herrschaft an sich reißen würden. Diese Sorge der Araber stieg ständig. Die Araber besitzen nicht die gleichen Möglichkeiten, sich an die europäische öffentliche Meinung zu wenden und sie zu beeinflussen wie die Juden, aber sie taten, was sie konnten, um der Welt den Widerstand der Araber gegen die Entwicklung in Palästina kund zu tun. Es kam zu gewalttätigen arabischen Übergriffen, die einer nach dem andern von der Mandatsmacht unterdrückt wurden. Während der letzten drei Jahre gar sind die Araber im Aufstand, der nur unter bedeutenden Opfern an Blut und Gut von britischen Truppen eingedämmt werden konnte. Der arabische Terror, der sich nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die Engländer und selbst gegen die gemäßigten arabischen Gruppen wendet, ist das Werk einer blindwütigen Minderheit, genau so wie der jüdische Terror, der nach der Veröffentlichung des Weißbuches und der neuen Palästina-Politik der britischen Regierung ausbrach. Trotzdem ist aber diese arabische Terrorbewegung, wie auch ihr später folgendes jüdisches Gegenstück, ein Anzeichen der Erregung und des tiefgehenden Unfriedens, der die gesamte Bevölkerung ergriffen hat. Es ist ein Widerstreit von Recht und Recht.

Wie das Recht der Juden auf Einwanderung von dem britischen Volk, das dem Grundsatz der Selbstbestimmung und der Demokratie anhängt, nicht geleugnet werden kann, so kann es auch das Recht der Araber auf die Erhaltung ihrer Selbständigkeit nicht bestreiten.

War der jüdischen Einwanderung — wirtschaftlich gesehen — ein großer Erfolg beschieden, so bietet das politische Bild leider ein gänzlich anderes Aussehen. Es schien klar zu sein, daß die beiden Bevölkerungsteile nie in Freundschaft zusammen leben würden, wenn der jüdischen Einwanderung nicht schließlich ein Ende gesetzt würde. Die Araber bestanden darauf, daß die Einwanderung sofort aufhören müsse. Die britische Regierung jedoch lehnte dies ab. Es gibt jüdische Siedlungen und jüdische Gewerbe-zweige, die eine weitere Einwanderung benötigen. Zu gleicher Zeit muß man sich die tragische Verfolgung der Juden in Europa vor Augen halten, auch wenn die Männer, die das Mandat aufstellten, diese Entwicklung nicht voraussehen konnten, und obwohl Palästina allein die Flüchtlinge aus Europa nicht aufnehmen kann. Die britische Regierung entschloß sich unter Mißachtung der arabischen Wünsche, die jüdische Einwanderung für weitere fünf Jahre zuzulassen — dies bedeutet, daß zehntausende jüdischer Flüchtlinge ihren Verfolgern in Europa entrinnen und in Palästina Sicherheit finden werden. Nach fünf Jahren jedoch soll eine weitere Einwanderung nur erlaubt sein, wenn die Juden die Zustimmung der Araber hierzu gewinnen. Diese Bestimmung — ob recht oder unrecht — hält sich jedenfalls innerhalb der Vorschriften des Mandats, in dem es heißt, daß die jüdische Einwanderung so lange erleichtert werden soll, als „die Rechte und die Stellung anderer Bevölkerungsteile dadurch nicht beeinträchtigt werden“. Man kann nicht erwarten, daß diese Lösung — oder irgendeine andere — beide Seiten völlig zufrieden stellt. Zu ihren Gunsten läßt sich aber mindestens sagen, daß sie den ernsthaften Versuch eines Dritten darstellt, eine unparteiische Entscheidung zum Wohl beider streitenden Parteien zu fällen, eines Dritten, dessen einziges Ziel darin besteht, beiden Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Und niemand hat einen besseren Ausweg aufzeigen können. Die Lösung gründet sich auf die Hoffnung, daß beide Rassen lernen werden, in Freundschaft miteinander zu leben, nachdem einmal die Furcht der Araber, eine Minderheit im eignen Land zu werden, ausgeräumt ist.

Was schließlich hätte der britischen Regierung als einzige andere Möglichkeit offen gestanden? Doch einzig, die Araber zu zwingen, eine unbegrenzte jüdische Einwanderung anzunehmen — mit andern Worten: man müßte Palästina mit Gewalt, ohne die Zustimmung der Mehrheit seiner Bevölkerung, regieren. Das widerspräche aber nicht nur den Grundsätzen des britischen Volkes und den Absichten des Mandats, sondern auch der Grundlage des Völkerbundes wie des britischen Weltreiches. Ein sol-

Der Versuch würde weiteren Unfrieden in Palästina bedeuten; er würde dazu führen, daß die Feindseligkeit gegenüber einer jüdischen Nationalen Heimstätte auch außerhalb der Grenzen Palästinas um sich greifen würde; der ganze Nahe und Mittlere Osten würde von ständigem Unfrieden erfüllt werden. Solch ernste Entwicklungsmöglichkeiten müssen eine Mandatsmacht in ihrer Politik beeinflussen, auch wenn die Kritiker auf beiden Seiten glauben, ihre eigenen Forderungen ohne alle Beachtung der Folgen aufstellen zu können.

Die bittere gegenseitige Feindschaft des jüdischen und arabischen Bevölkerungsteiles erschwert den Versuch unendlich, den zu unternehmen nicht nur das Mandat selbst, sondern auch die gesamte Geschichte des britischen Weltreiches fordert — nämlich in Palästina den Grundsatz der Selbstverwaltung einzuführen. Vorschläge in dieser Richtung wurden schon früher gemacht, sind aber stets entweder von den Arabern verworfen worden, weil die Pläne zu günstig für die Juden, oder sie wurden von den Juden abgelehnt, weil sie für die Araber zu günstig seien . . . Auch der Plan, den jetzt das Weißbuch der britischen Regierung vorsieht, ist von beiden Seiten ähnlichen Angriffen ausgesetzt worden. Die Vertreter der Juden sagen, dieser Plan „überträgt die Herrschaft über Palästina auf die jetzige arabische Mehrheit und liefert die jüdische Bevölkerung der Gnade jener Mehrheit aus“. Die Araber in Palästina lehnen den Plan ihrerseits ausdrücklich mit der Begründung ab, daß er der arabischen Mehrheit nicht die Herrschaft über das Land einräume. Beides hebt sich auf und reicht fast als Antwort auf diese Angriffe aus.

Wir stehen vor einer unendlich schwer zu lösenden Frage. Wie läßt sich eine Selbstverwaltung einführen, wenn diese Selbstverwaltung von zwei sich bitter feindlichen Völkern ausgeübt, und zwar so ausgeübt werden soll, daß kein Bevölkerungsteil dem andern untergeordnet wird? Der britische Plan wendet ein Verfahren an, das sich in verschiedener Gestalt schon oft erfolgreich erwiesen hat. Es ist eine Uebergangszeit vorgesehen, in der die Araber und die Juden schrittweise mehr und mehr an der Regierung in Palästina Anteil nehmen können (wenn sie wollen). Sie sollen bestimmte Verwaltungszweige übernehmen. Die Ernennungen sollen im Verhältnis ihrer zahlenmäßigen Stärke vorgenommen werden (welcher andere Maßstab ließe sich anwenden?), das heißt: auf einen Juden zwei Araber. Das bedeutet aber nicht, daß die Juden den Arabern untertan werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil jede Abteilung während der Uebergangszeit einen britischen Berater besitzt, dem das Recht unmittelbaren Vortrags beim Hohen Kommissar zusteht. Ueberdies werden die arabischen und jüdischen Abteilungsleiter zunächst keine ausführende Gewalt besitzen; sie werden vielmehr einen Ausschuß bilden, der den Hohen Kommissar in der Ausführung berät, genau so wie sie selber britische Berater haben. In der Uebergangszeit liegt die Entscheidung bei dem Hohen Kommissar, der zwi-

sehen den sich widerstrebenden Wünschen die Wage halten wird. Man hofft, daß dieser beratende Ausschuß sich noch vor Ende der Uebergangszeit zu einer Art *Responsible Ministry* entwickelt. Ist dieser Zeitpunkt erreicht, so werden — wie der britische Kolonialminister klar festgestellt hat — angemessene Sicherungen für die jüdische Nationale Heimstätte vorgesehen werden.

Es wäre staatsmännisch nicht klug gewesen, für die Zeit nach diesem Uebergang mehr als die allgemeinen Grundsätze festzulegen, nach denen ein schließlich unabhängiger Palästina-Staat errichtet werden soll. Nach mindestens fünf Jahren soll eine Körperschaft eingesetzt werden, die sich auf die Erfahrungen der Uebergangszeit stützen wird und den Rahmen einer endgültigen Verfassung wird aufstellen können. Sie mag sich für einen Einheitsstaat entscheiden; sie mag vielleicht einen Bundesstaat vorziehen, der sich aus einer vorwiegend jüdischen und einer vorwiegend arabischen Provinz zusammensetzt und nur zur Lösung gemeinsamer Fragen verbunden ist. Diese Fragen sind völlig offen geblieben. Nur zwei Grundsätze sind festgelegt, nach denen der unabhängige Staat errichtet werden soll, dem dann die Mandatsmacht ihre Rechte übertragen wird. Sie lauten: es soll „ein Staat sein, in dem die beiden Völker Palästinas sich derart in die Herrschaft und Regierung teilen, daß die wesentlichen Interessen beider gesichert sind“; und „die Verfassung soll der jüdischen Nationalen Heimstätte in Palästina ausreichenden Schutz in ihrer besonderen Stellung gewähren“.

Die Vorschläge für die Zukunft Palästinas, wie ich sie hier kurz dargestellt habe, halten nach Ansicht des Durchschnittsengländers zwischen Juden und Arabern die Wage so gerecht, wie dies nur möglich ist. Beiden Völkern gehört, aus verschiedenen Gründen, die Freundschaft Großbritanniens. Die stolze, uralte Kultur der Juden hat auf den britischen Inseln überlieferungsgemäß immer Freundschaft und Schutz gefunden. Ein Jude ist Mitglied der britischen Regierung, die für die hier aufgezeigte Palästinalpolitik verantwortlich ist. Andererseits hat der britische König und Kaiser mehr mohamedanische Untertanen als irgendein anderer Herrscher der Welt; das britische Volk hat überlieferungsgemäß echtes Verständnis für einfache, lebensstarke Völker, die entschlossen sind, ihre Freiheit zu erhalten. Natürlich wäre es möglich gewesen, eine Politik zu verfolgen, die den Wünschen der einen Seite ganz entsprach und die alle Wünsche der andern in den Wind schlug. Die britische Regierung jedoch hat einen Weg gewählt, dessen Unparteilichkeit allein schon durch die sich widersprechenden und sich aufhebenden Kritiken beider Seiten bezeugt ist. In dieser fast unlösbaren Palästinafrage steuert sie einen Kurs, der mehr Hoffnung auf Erfolg bietet als alle andersartigen Vorschläge, die bisher gemacht wurden. Einmal werden die Gegensätze sich legen und Friede wird in das Heilige Land einziehen.